



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll 112. Ratssitzung vom 23. Oktober 2024

### 3844. 2024/416

**Parlamentarische Initiative der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 04.09.2024:  
Änderung der Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung in der  
Stadt Zürich vom 12. März 2008 (VO KB; AS 410.130), Erhöhung des Grenzbetrags,  
Entkoppelung des Vorschulbereichs und des Schulbereichs sowie Einführung  
einer Progression für den individuellen Beitragsfaktor**

*Marcel Tobler (SP) begründet die Parlamentarische Initiative (vergleiche Beschluss-Nr. 3623/2024): Am 28. Oktober 2020 überwies der Gemeinderat dem Stadtrat ein Postulat mit der Forderung, die Elternbeiträge für die Kinderbetreuung markant zu senken. Seither haben wir gewartet, Fristen erstreckt, Verordnungsrevisionen bearbeitet – doch nichts ist passiert. Vorrang hatte die Verbesserung der Anstellungsbedingungen in der Kinderbetreuung. In der letzten Verordnungsänderung begründete der Stadtrat kurz, weshalb es nicht gleichzeitig möglich sei, auch für die Eltern eine Verbesserung zu erwirken. In den Beratungen zum Geschäft haben wir einen neuen Vorstoss angekündigt und das damalige Postulat deshalb abgeschrieben. Dieser Vorstoss in Form einer Parlamentarischen Initiative (PI) liegt nun vor. Seit über zehn Jahren, als die Beiträge leicht gesenkt wurden, ist das Subventionswesen für die Kinderkrippenbetreuung unverändert. Die Kosten für die jungen Eltern stiegen in den letzten Jahren markant: Lebenshaltungskosten, Familienwohnungen, Krankenkassenprämien. Die Schweiz gehört unter den Mitgliedsstaaten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zu den Schlusslichtern bezüglich der Finanzierung der familienergänzenden Kinderbetreuung. Die Stadt Zürich steht nicht schlecht da, jedoch gingen andere Gemeindewesen in den letzten Jahren weiter. Der Kanton Basel beispielsweise erhöhte die Beiträge, die die Eltern für die familienergänzende Betreuung erhalten. Es wird Zeit, dass die Stadt Zürich mitzieht. Die PI will das Beitragssystem nicht grundlegend ändern, sondern an ein paar Stellschrauben drehen. Um den Mittelstand, der heute nicht von entsprechenden Beiträgen der Stadt profitiert, zu entlasten, soll die Limite erhöht werden. Gleichzeitig sollen Familien mit tiefen Einkommen, die ihre Kinder aufgrund der hohen Kosten aktuell nicht extern betreuen lassen, entlastet werden. Ziel ist es, die Eltern besser in den Arbeitsmarkt integrieren zu können und so dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Die heutige lineare Verteilung soll durchbrochen und eine Progression eingeführt werden, so dass die niedrigen Einkommen mehr Vorteile aus der Beitragsverteilung ziehen. Ebenfalls wurde das Anliegen der Fraktionen Die Mitte/EVP und FDP miteinbezogen: die Erhöhung des maximalen Tagessatzes, den die Eltern für einen subventionierten Platz zahlen, damit*



2 / 2

*die Kosten mit dem Preis für einen frei getragenen Platz vergleichbar sind. Im Vorfeld haben wir versucht, breite Mehrheiten zu finden. In der Sachkommission Sozialdepartement (SK SD) wurde das Anliegen diskutiert. Dennoch existiert noch Diskussionsbedarf und es muss genau geprüft werden, wie sich die Veränderungen auswirken. Ich bitte um die vorläufige Unterstützung und die Überweisung an die SK SD zur vertieften Prüfung.*

Die Parlamentarische Initiative wird von 63 Ratsmitgliedern unterstützt, womit das Quorum von 42 Stimmen gemäss Art. 139 Abs. 2 GeschO GR erreicht ist.

Gemäss Parlamentarischer Initiative wird die Überweisung an die SK SD beantragt.

Damit ist die Parlamentarische Initiative stillschweigend an die SK SD überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat